



# UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

## Warum wohl?

Ein Leser fragt, warum die Themen in meiner Kolumne in anderen Medien nicht behandelt werden.

Wir können das auch bei ProSiebenSat.1 sehen, das mit unserem heutigen Bundespräsidenten Van der Bellen ein Interview im Jahr 2015 geführt hat. Unter anderem wurde auch das Verhalten Russlands zum Putsch in der Ukraine behandelt. „Zuerst Georgien, dann Ukraine: Wie bewerten Sie den Umgang Europas mit Russland?“ VdB: „Ich glaube, wenn ich mich öffentlich dazu geäußert hätte, wäre ich als Putin-Versteher diffamiert worden. Ich finde es skandalös, wie nahezu die gesamte europäische Presse nicht einmal versucht, die russischen Positionen zu verstehen. Die Krim war nie ukrainisch, außer in den vergangenen 50 Jahren. Chruschtschow hat die Halbinsel damals der Ukraine angegliedert. Wenn es eine indigene Bevölkerung dort gibt, dann sind das die Tataren. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die militärisch-strategische Position Russlands. Als 1989 der eiserne Vorhang fiel und die Wiedervereinigung Deutschlands bevorstand, ist Russland zugesichert worden, dass die NATO-Grenze nicht weiter nach Osten verschoben wird. Das geht aus US-Quellen hervor. Die Russen haben aber das Pech, dass das niemals schriftlich vereinbart wurde. Und was ist passiert?“

Die NATO-Ostgrenze verläuft heute direkt an den Grenzen zu Russland. Ich kann schon verstehen, dass das ein Stirnrunzeln in Russland hervorruft. Wenn Sie 200 Jahre zurückgehen, woher kamen alle Invasoren? Alle durch die Ukraine. Deswegen bin ich erbost, wenn gesagt wird, dass von der Ukraine keine militärische Gefahr ausgeht. Ja natürlich, von der Ukraine selbst nicht, aber dass es sich um ein strategisches Vorfeld Russlands handelt, ist doch klar. Wie haben die USA in den vergangenen 100 Jahren reagiert, wenn vor ihrer Haustür eine potenzielle Gefahr entstand? Die haben sich auch nicht um das Völkerrecht gekümmert. Da wird mit zweierlei Maß gemessen. Ungeachtet all dieser Faktoren ist das Ukraine-Problem lösbar. Aber es scheint auf beiden Seiten keinen guten Willen zu geben.“

An diesen Fakten hat sich seit damals nichts geändert. In den Medien wird ein anderes Bild gezeichnet. Warum sie die US-Kriegspropaganda so intensiv betreiben, wie das unser ehemaliger Botschafter in Kanada Wendelin Etmayer schrieb, zeigt den Einfluss auf die „freie Berichterstattung“.



## Wenn Streit um den Vorsitz gibt es bei den

Der Niedergang der Sozialdemokratie zeigt sich an der Mitglieder-Zahl. Ende der 70er Jahre waren es mehr als 700.000, zuletzt 140.000. Allein seit dem Frühjahr 2020, als Pamela Rendi-Wagner alle „Genossen“ zu ihrer Politik befragte, kamen der SPÖ fast 20.000 Mitglieder abhanden.

Dass die Landesorganisationen jetzt 9.000 neue Mitglieds-Anträge verzeichnen, ist dem Richtungsstreit zwischen der SPÖ-Chefin und dem burgenländischen SPÖ-Landeshauptmann Hans Peter Doskozil geschuldet. Jetzt soll die „Basis“ beim neuen Parteichef mitreden. Wer am 24. März ordentliches SPÖ-Mitglied war, darf bei der Mitgliederbefragung mitstimmen. Das schließt die rund 500 Gastmitglieder aus, die kostenlos ein Jahr SPÖ-Luft schnuppern dürfen.

### 2,6 Millionen aus SPÖ-Mitgliedsbeiträgen

In der Regel zahlen Mitglieder 6,50 Euro im Monat. „Es gibt jedoch auch einen reduzierten Betrag von fünf Euro“, heißt es aus der Parteizentrale. Wer ihn bekommt, „entscheiden die Bezirksorganisationen. Das können zum Beispiel Mitglieder mit Mindestpension, Mindestsicherung oder mit sehr geringem Einkommen sein.“ Das letzte Mal wurde der Mitgliedsbeitrag Anfang 2022 erhöht, um 50 Cent pro Monat. Zuletzt hat die SPÖ 2,6 Millionen Euro im Jahr

durch die Beiträge eingenommen.

Die Abstimmung wird zwischen dem 24. April und dem 10. Mai über die Bühne gehen. Neben Rendi-Wagner und Doskozil dürfen auch andere Kandidaten teilnehmen. 69 Männer und vier Frauen ha-



ben sich beworben. Darunter etwa Andreas Babler, der Bürgermeister der niederösterreichischen Stadt Traiskirchen.

Kampfabstimmungen gibt es bei den Parteien immer wieder. Zwei Gewinner solcher Richtungsstreits haben die hiesige Politik über Jahrzehnte geprägt, SPÖ-„Sonnenkanzler“ Bruno Kreisky und FPÖ-Chef Jörg Haider.

Im Jahr 1966 erlitt die SPÖ eine herbe Niederlage bei der Nationalratswahl, die ÖVP erlangte die absolute Mehrheit. Deren Parteichef Josef Klaus war zuvor bei der ÖVP als Reformers ans Ruder gekommen. Die Volkspartei konnte die nächsten vier Jahre allein regieren, die jahrezehntelange schwarz-rote Koalition war Geschichte.